

Sylvie Goulard

*Sehr verehrter Bundespräsident,
sehr verehrter Herr Professor Fuest und Familie,
sehr verehrter Herr Schleyer und Familie,
sehr verehrte Ministerin,
sehr verehrter Herr Porth,
sehr verehrte Damen und Herren,*

zunächst einmal möchte ich der Hanns Martin Schleyer-Stiftung für die Ehre danken, an der Verleihung dieses renommierten Preises an Professor Clemens Fuest teilnehmen zu dürfen.

Verwunderlich daran ist nicht etwa, dass Clemens Fuest, ein angesehener Ökonom, dem ich die allerhöchste Wertschätzung entgegenbringe, diesen Preis erhält, sondern dass ich seine Laudatio halte. Eine orthodoxe Laudatio erwarten Sie sicherlich nicht.

Ich werde mich daher darauf beschränken, in aller Kürze – sofern dies überhaupt möglich ist – den beachtlichen Werdegang von Professor Fuest darzulegen, der ihn zunächst an die Universität Bochum und die Universität Mannheim brachte, bevor er in Köln promovierte und in München seine Habilitation erhielt. Die Vielfalt der Themenkreise, mit denen Clemens Fuest sich befasst, ergibt sich aus seinen zahlreichen Arbeiten, so befasste er sich in seiner Doktorarbeit mit europäischen Wirtschaftsfragen, während er in seiner Habilitation zu Steuerfragen und Beschäftigung Stellung nahm. Sie wird ferner durch seine aufeinander folgenden Professuren belegt: zunächst an der Universität zu Köln, und dann an der Saïd Business School der Universität Oxford. Anschließend übernahm er die Leitung des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim, bevor er 2016

Präsident des Ifo-Institutes wurde, wo er nach wie vor tätig ist. Gleichzeitig hat er einen Lehrstuhl an der Ludwig-Maximilians-Universität in München inne. Ganz zu schweigen von den unzähligen wissenschaftlichen Beiräten und sonstigen Gremien, denen er angehört.

Ich möchte mich nicht allzu lange mit den Verdiensten von Professor Fuest aufhalten, der die Wirtschaftsdebatten in Deutschland durch seine zahlreichen Beiträge in akademischen Forschungspapieren und Presseartikeln sowie durch Fernsehauftritte seit Jahren prägt. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung zählt ihn jedes Jahr zu den einflussreichsten Experten Deutschlands.

Es wird Sie nicht wundern, wenn ich mich vor allem auf den europäischen Einfluss von Clemens Fuest konzentriere.

Einige seiner Kollegen aus dem Wirtschaftsressort wurden von mir befragt. Ich kann nur bestätigen, welcher Respekt ihm von Akademikern aus ganz Europa entgegengebracht wird. Nicht nur zeichnen sich seine Arbeiten durch große geistige Disziplin aus, Professor Fuest wird auch geschätzt, weil er „zuhören kann“, weil er „die anderen verstehen will“ und ein „*team player*“ ist. Zudem wird er wegen seiner „*Fairness*“ geschätzt, einer Form der geistigen Ehrlichkeit, die große Unabhängigkeit voraussetzt. Seit Beginn der Krise tendierten in akademischen Kreisen manche dazu, sich ausgehend von den Positionen, an denen sie sich aktuell befanden, zu äußern – sei es die Staatsangehörigkeit, oder manchmal auch die Parteizugehörigkeit. Dies prägte viele Geister. Clemens Fuest ist zweifellos ein deutscher Ökonom, das ist auch gut so. Zugleich hat es vermieden, sich nur als solcher zu verstehen. In Podiumsdiskussionen, an denen wir gemeinsam teilnahmen, und in den Papieren, die ich zur Vorbereitung auf diese Rede gelesen habe, war stets dieses Streben nach geistiger Unabhängigkeit und Gründlichkeit zu spüren.

Zur Veranschaulichung greife ich ein heikles Thema heraus: die deutschen Handels- und Zahlungsbilanzüberschüsse. Ich teile die Haltung mancher Partner Deutschlands nicht, die an diese Frage mit vorwurfsvollem Ton, ja Neid herangehen. Umgekehrt halte ich es für wichtig, dass wir in einer Wirtschafts- und Währungsunion sämtliche externen Effekte nationaler Politiken miteinander ansprechen. Clemens Fuest befasst sich mit dem Thema aus einer allzu seltenen Warte: Er verteidigt zwar seine Ideen, er bezweifelt sogar die schädlichen Folgen der Überschüsse, erinnert aber auch daran, dass Deutschland die EU-Verpflichtungen zur Kontrolle makro-ökonomischer Ungleichgewichte einhalten muss⁴. Das mag banal klingen, ist es aber nicht. Gerade dieser ganzheitliche Blick auf ein gemeinsames europäisches Problem zeichnet ihn aus.

Clemens Fuest leistete auch einen konkreten Beitrag dazu, Brücken zwischen den Ländern der Eurozone zu bauen. 2013 wirkte er aktiv an den Arbeiten einer Gruppe deutscher Ökonomen, Politikwissenschaftler und Juristen mit (Glienicke Gruppe). 2018 war er einer von vierzehn Ökonomen (sieben aus Deutschland + sieben aus Frankreich), die ein gemeinsames Papier mit Vorschlägen für die Zukunft der Eurozone erarbeitet haben² und dabei um ein schwieriges Gleichgewicht bei Themen wie Haushaltsdisziplin oder Restrukturierung von Staatsschulden bemüht waren. Clemens Fuest war auch Mitglied der von drei EU-Institutionen (Parlament, Rat und Kommission) gegründeten Arbeitsgruppe, die sich unter dem Vorsitz von Mario Monti mit *Own resources* für die EU beschäftigt hat.³

Alle diese Studien zeigen die große Ehrlichkeit, darauf zu verweisen, wie dringend der Handlungsbedarf und die Suche nach einem gemeinsamen Weg ist.

Ist das wirklich so wichtig? Ja, das glaube ich schon; denn um Unklarheiten und gegenseitiges Unverständnis auszuräumen, auch zwischen Frankreich und Deutschland, muss man in die Tiefe gehen und sich zu kollektiven Bemühungen zwingen. Trotz unzähliger akademischer Überlegungen und EU-Berichte (*Blue Print, Four Presidents' Report, Five Presidents' Report*) sind wir in der Wirtschafts- und Währungsunion nicht weit genug angekommen, um einer neuen Finanzkrise zu widerstehen.

Woher kommen die Schwierigkeiten? Die ersten Jahre des Euro führten zu einer Zinskonvergenz, aus der man voreilig den Schluss zog, dass die Volkswirtschaften, ebenso wie die Meinungen, sich annähern würden. Planungsfehler wurden übersehen. Hinzu kommt, dass zusätzlich zu den kollektiven Fehlern von manchen Ländern auch Verwaltungssirrtümer begangen wurden.

Tatsächlich zeigte die Krise, dass gewisse politische, vor allem aber kulturelle Divergenzen tief verwurzelt sind. Das abrupte Wiederaufflammen von Vorurteilen und Klischees war auch nicht eben hilfreich, um mit Ruhe und Methodik mit diesen Fehlern umzugehen. Mit der Krise hat sich ein gewisser gegenseitiger Argwohn breitgemacht, der gefährlich ist.

Clemens Fuest hat seine Zweifel mit Blick auf die Fehler bei der Konstruktion des Euro nie verheimlicht. Er stand aber zu seiner Verantwortung. Er wagte auch die Behauptung, dass es kein Zurück mehr gibt, nachdem ein solches Projekt auf den Weg gebracht wurde. Er berücksichtigt auch die Vorteile, die Deutschland aus dem Binnenmarkt und dem Euro erwachsen. Diese Ehrlichkeit, dieser Mut sind begrüßenswert.

Die Gründerväter des Euro haben mit den Zielen und den Analysen

ihrer Zeit gearbeitet. Kanzler Kohl, François Mitterrand und andere, die ich nicht alle zitieren kann, ließen sich von klaren politischen Vorgaben leiten. Es gelang ihnen so, die europäischen Länder aneinander zu binden. Und anstatt immer nur zu sehen, was schief gegangen ist, sollten wir uns darüber freuen, dass unsere Währung äußerst stabil ist und dass dieses Konstrukt, so originell es auch sein mag, der schlimmsten Finanz- und Haushaltskrise seit 1945 standgehalten hat.

Jetzt ist es die Aufgabe unserer Generation, die Arbeit weiterzuentwickeln, die im Geiste der Wegbereiter fortgesetzt werden muss. Diesbezüglich sollten wir die Lage auch nicht zu schwarz malen: Ein Rettungsfonds (der Europäische Stabilitätsmechanismus ESM) ist jetzt vorhanden. Ein alleiniges Aufsichtsgremium für die größten Banken der Eurozone mit Sitz in Frankfurt wurde gegründet, um nur diese beiden Neuheiten der letzten Jahre zu nennen.

Und trotz aller kulturellen Unterschiede und der extremen Strenge der den Bevölkerungen Südeuropas auferlegten Maßnahmen hat kein Land die Eurozone verlassen. Den Eurobarometern der EU-Kommission nach liegt die Unterstützung für die gemeinsame Währung bei weit über 70 Prozent in der EU, sie erreicht sogar 81 Prozent in Deutschland und ist in den letzten Monaten auch in Italien gestiegen.

Nach dieser Krise zeigt die Situation Portugals oder Irlands, aber auch Griechenlands, dass sich das Modell letztendlich durchsetzen konnte. Unter Schmerzen zwar, aber das gemeinsame Haus hat gehalten.

Können wir damit zufrieden sein? Nein.

Erstens erfordern die tiefgreifenden Veränderungen der Welt – vor allem der rasche Technologiewandel und der Klimawandel – mehr Scharfsinn, weniger Selbstgefälligkeit. Die globalen Herausforderungen – und die Suche nach Lösungen – sollten aktuell den Integrationsprozess der Länder Europas viel mehr prägen. Es würde uns allen helfen, öfter über den nationalen Tellerrand zu schauen.

Zweitens haben alle Politiker und Experten, die sich mit Wirtschaft und Währung beschäftigen, eine Verantwortung für die Bürger: Um ähnliche folgenschwere soziale Spannungen in Zukunft zu vermeiden, müssen wir unsere gemeinsamen Überlegungen vertiefen und schnell zu Entscheidungen kommen.

Wenn wir es wirklich ernst meinen, dass wir nicht nur eine gemeinsame Währung, sondern eine „Schicksalsgemeinschaft“ teilen, dann ist die grenzüberschreitende Debatte verbesserungs- und vertiefungswürdig. Das ist natürlich angesichts des zunehmenden Nationalismus und der Kurzsichtigkeit nicht einfach.

Ich werde anhand des Beispiels der Sozialen Marktwirtschaft erklären, warum wir eine grenzüberschreitende Diskussion brauchen, die leider nicht (oder zumindest nicht genug) stattfindet. Und da spielt auch das Wirken von Professor Fuest eine entscheidende Rolle: Clemens Fuest hat letztes Jahr den Preis „Impulsrede zur Sozialen Marktwirtschaft“ erhalten. In seinem aus diesem Anlass gehaltenen bemerkenswerten Vortrag „Soziale Marktwirtschaft: Exportschlager oder Auslaufmodell“⁴ betont er, dass die „hohe Akzeptanz“ des Begriffs in Deutschland vielleicht mit ihrer relativ „vagen“ Ausprägung zu tun hat.

Ein Exportschlager ist das Konzept leider nicht, obwohl es in den EU-Verträgen (Art 3.3) eingeführt wurde: „Die Union errichtet einen Binnenmarkt. Sie wirkt auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige Soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, [...] hin.“

Der Begriff ist leider außerhalb der deutschen Grenzen wenig bekannt. Oft habe ich in gebildeten Kreisen außerhalb Deutschlands den Test gemacht: In den meisten Fällen ist der Name von Ludwig Erhard bekannt und vage mit dem „deutschen Wirtschaftswunder“ verbunden. Von Alfred Müller-Armack, Walter Eucken und der Freiburger Schule haben wenige Leute außerhalb Deutschlands (und Österreichs) Ahnung. Der deutsche Ordoliberalismus verkommt leider oft als „Ultraliberalismus“ und exzessive Disziplin zur Karikatur. Deswegen fällt es den Bürgern Europas schwer, einen solchen Begriff zu verstehen und zu verinnerlichen. Deshalb wäre es nützlich, breiter zu erklären, wie Professor Fuest dies mit Klarheit tut, dass „die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und die Kontrolle des Wettbewerbs dafür sorgen, dass Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten entsteht“.

Leistungsfähigkeit, Wettbewerb in einer digitalisierten Welt, soziale Gerechtigkeit, Unabhängigkeit der Zentralbank sind Themen, die viel diskutiert werden. Wie Clemens Fuest gesagt hat: „Die Bedeutung einer sinnvollen Balance von marktwirtschaftlicher Effizienz und sozialem Ausgleich steht heute stärker im Mittelpunkt wirtschaftspolitischer Debatten als je zuvor“. Diese Balance ist entscheidend.

Die Franzosen, die Angst vor den sich selbst überlassenen Marktkräften haben, würden die „Soziale Marktwirtschaft“ mehr schätzen, wenn sie genauer wüssten, dass sie „bewusst gesteuert [...] und zwar sozial gesteuert“⁵ ist. Das gleiche gilt für Italien oder Spanien, wo die Jugendarbeitslosigkeit nach wie vor sehr hoch ist und die Menschen Schwierigkeiten haben, weiter in die EU zu vertrauen.

Hinzu kommt die Frage, die zumeist stillschweigend übergangen

wird: Haben wir das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ordentlich auf die europäische Ebene übertragen? Sind alle Elemente, die es in Deutschland beinhaltet – und Teil des deutschen Erfolgs sind - auf europäischer Ebene vorhanden? Die Antwort bedarf der nuancierten Betrachtung:

- Der Rechtsrahmen, der das wirtschaftliche Handeln in Freiheit erlaubt, existiert seit dem Anfang der europäischen Integration. Er entwickelte sich von der Montanunion über die Europäische Gemeinschaft, bis hin zur heutigen Rolle der Kommission als Hüterin der Verträge unter der Kontrolle des EuGH.
- Die Wettbewerbspolitik, die in der Theorie der Sozialen Marktwirtschaft eine zentrale Rolle spielt, um die steigende Produktivität dem Verbraucher zugutekommen zu lassen, ist seit Jahrzehnten ein Merkmal der EU; die Kommission verfügt über breite Befugnisse in diesem Bereich. Unter der starken Führung von Margrethe Vestager ist sie aktiv; allen Studien nach, heute sogar aktiver, als die amerikanischen Behörden.
- Die freie Bildung von Preisen sowie der Schutz von Privateigentum sind überall in der EU gewährleistet; die Existenz einer funktionierenden Marktwirtschaft gilt sogar als Beitrittskriterium für neue Mitgliedstaaten.
- Eine von der politischen Macht unabhängige Zentralbank – die EZB – existiert seit Maastricht, mit Sitz in Frankfurt.

Verschiedene Elemente des deutschen Rahmens fehlen aber auf europäischer Ebene.

- Erstens fehlt auf Ebene der Eurozone / der EU eine demokratisch legitimierte, permanente politische Steuerungskraft. Infolgedessen besteht die makro-ökonomische Steuerung aus einer lockeren Koordinierung der nationalen Regierungen, die mehr oder weniger erfolgreich ist, um es diplomatisch zu formulieren. Selbstverständlich muss jede Regierung der Wirtschafts- und Währungsunion „ihr Haus in Ordnung halten“; selbstverständlich muss jeder seine Verantwortung übernehmen. Es bedeutet aber nicht, dass die gemeinsamen Ziele der Sozialen Marktwirtschaft dadurch erhalten werden. Die Unabhängigkeit der Zentralbank ist auch in diesem Zusammenhang etwas Anderes als in einem klassischen staatlichen Rahmen.
- Zweites Element: Die Tarifautonomie ist nicht in allen Ländern Europas vorhanden. Wichtiger noch: Auf EU-Ebene gibt es keine Mitbestimmung in den Unternehmen, die den Arbeitnehmern eine aktivere Rolle zugesteht.
- Drittes Element: Es fehlen die aktiven Sozialpolitiken, die der Staat

unternehmen kann, um zum Beispiel die Einkommensungleichheit, die sich am Markt ergibt, abzubauen. Die Ausbildung, die eine so entscheidende Rolle für junge Menschen in Deutschland und Österreich spielt, ist auch nicht Teil des „Pakets“ der Sozialen Marktwirtschaft auf EU-Ebene.

Der Bundeszentrale für politische Bildung nach ist Teil der Sozialen Marktwirtschaft: „eine aktive Wirtschafts-, Konjunktur- und Steuerpolitik des Staates sowie ein Netz von Sozialleistungen, das z. B. Alte, Kranke, Einkommensschwache oder Arbeitslose vor wirtschaftlicher Not schützt, wenn eine Eigenversorgung nicht möglich ist.“⁶

Es geht nicht darum, dass alle Elemente 1:1 auf EU-Ebene übernommen werden, aber mindestens darum zu verstehen, dass der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ auf dem Weg von Freiburg nach Brüssel ein paar Kernelemente verloren hat.

Der Werner-Bericht, der im Jahre 1970 im Hinblick auf der Schaffung einer gemeinsamen Währung verfasst wurde, war viel gewagter als alles, was heutzutage geschrieben wird. Der Luxemburger schlug damals Kompetenztransfer im Bereich der Wirtschafts- und Haushaltspolitik vor, und hinzu mehr Steuerkonvergenz oder die Verantwortung der gemeinsamen Behörden vor einem Parlament. Er betrachtete die Einbeziehung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber als notwendig, um exzessive Divergenzen zu vermeiden. Im Vergleich sind die heutigen Diskussionen etwas eng und fantasielos.

Muss man sich wundern, dass so viele EU-Bürger heutzutage Argwohn empfinden oder sich vernachlässigt fühlen? Wenn wir von einer „Sozialen Marktwirtschaft“ sprechen, wenn wir behaupten, gemeinsam den Wohlstand mehren zu wollen, dann müssen wir kollektiv liefern: auf nationaler als auch auf EU-Ebene. Wenn in der EU alles, was mit dem Markt verbunden ist, mit Mehrheit entschieden wird, alles, was sozial ist und Steuerpolitik fördern könnte, aber einstimmig entschieden wird – und infolgedessen oft nicht entschieden wird –, sollten wir nicht so erstaunt sein, dass die Skepsis in der Bevölkerung zunimmt.

Schon in einem für die EU-Kommission verfassten Bericht hatte vor zehn Jahren Mario Monti empfohlen, diese schon erwähnte Balance zu verbessern. Um eine dauerhafte Akzeptanz der Marktwirtschaft bei den Bürgern zu gewährleisten, müssen deren legitimen Ängste ernst genommen und bearbeitet werden – vor allem durch eine bessere steuerliche und soziale Konvergenz, dem Bericht nach verbunden mit mehr Liberalisierung. Sonst gefährden wir dadurch nicht nur die Stabilität unserer Währung, son-

dem unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Das Unbehagen liegt auch vielleicht an einer falschen Inanspruchnahme des Subsidiaritätskonzeptes. In einer EU mit quasi 30 Staaten ist zwar Subsidiarität unumgänglich. 500 Millionen Bürger sind nicht zentral zu regieren und sollten es auch nicht werden.

Die Verteilung der Kompetenzen (Zuordnung der Aufgaben) ist aber alles andere als optimal. In vielen Bereichen, wo eine gemeinsame europäische Handlung notwendig wäre, agieren wir immer noch national: Dies geschieht auf den Feldern der traditionellen Sicherheit wie der Diplomatie, aber auch was *Cybersecurity* oder Klimawandel angeht, könnten wir gemeinsam besser ausgerüstet und wirksamer sein. Wir behaupten souverän zu sein und können nicht einmal einen wichtigen Vertrag mit dem Iran über die Verbreitung von Nuklearwaffen am Leben erhalten, weil die USA unilateral Sanktionen beschlossen haben. Die Stärkung der internationalen Rolle der EU würde unsere strategische Unabhängigkeit verbessern.

So wird die Subsidiarität weniger bedacht als benützt – und ab und zu sogar instrumentalisiert. Bürgernähe ist schön. Ich fürchte aber, dass in manchen Fällen der Begriff ein politisch korrekter Avatar des Nationalismus werden könnte. Man verschanzt sich hinter der Subsidiarität, um guten Gewissens nichts Europäisches zu unternehmen und gleichzeitig Rentensituationen auf nationaler Ebene zu konsolidieren. Egal ob der Preis, der zu zahlen ist, konkret weniger Sicherheit und zum Beispiel mehr *Money Laundering* bedeutet oder weniger weltweiten Einfluss.

In dieser Hinsicht haben wir es noch nicht einmal geschafft, eine solide Brücke zwischen Deutschen und Franzosen zu bauen. Für ein an eine Kompetenzverteilung auf mehreren Zuständigkeitsebenen gewöhntes Land wie Deutschland ist die Inanspruchnahme der Subsidiarität und einer *multi level governance* natürlicher als für einen stark zentralisierten Staat. In Frankreich ist die Gleichheit der Bürger – egal, wo sie auf dem Staatsgebiet leben – seit 1789 der zentrale Wert der Politik: In den Schulen wird der gleiche Stoff in Marseille und Lille gelehrt und der Mindestlohn ist im ganzen Land der gleiche für alle. Tocqueville schrieb in „*L'Ancien Régime et la révolution*“, dass Frankreich „*une nation affolée d'égalité*“ sei, also eine Nation, die angesichts der *Egalité* schnell in Panik gerät. Ich fürchte, es gilt immer noch. Nun aber ist dieser Ansatz kaum mit der Subsidiarität vereinbar, die besagt, dass aus örtlichen Entscheidungen deutliche Unterschiede resultieren können.

So mancher in Deutschland fürchtet, dass alle Europäer nur auf „Transfers“ von deutschem Geld spekulieren. Das stimmt meines Erachtens nicht. Es geht alles sehr viel tiefer und ist sehr viel grundsätzlicher.

Solche Meinungsverschiedenheiten zu bearbeiten, wie es Clemens Fuest oft mit seinen Artikeln tut, ist entscheidend. Sein Papier *“What a feeling? How to promote European Identity?”*⁷ ist in dieser Hinsicht besonders wertvoll. Es beinhaltet konkrete Vorschläge für die persönliche Teilnahme der Bürger an dem europäischen Werk und z. B. für eine bessere grenzüberschreitende Information.

In dem Zusammenhang sind seine geistige Disziplin und seine Fähigkeit, neue Ideen zu vermitteln, äußerst wertvoll. Wir werden es nur schaffen, ein Zugehörigkeitsgefühl, ein „Wir-Gefühl“ – eines meiner Lieblingsworte auf deutsch – zu erreichen, wenn sich Menschen aus Fleisch und Blut bemühen, mit Partnern über Lösungen nachzudenken, die keine Behauptungen eigener Sicherheiten sind, sondern ein echter Kompromiss zwischen unterschiedlichen Sichtweisen. Und hierfür steht Clemens Fuest in seinem Wirken.

Wir dürfen nicht vergessen, dass die Gründerväter nicht nur an den Frieden in Europa dachten. Ich bin mir dessen bewusst, dass man in Deutschland, wie Helmut Schmidt es gesagt hatte, Menschen, die von „Visionen“ sprechen, gerne zum Arzt schickt. Aber wir müssen dem gemeinsamen Vorgehen wieder einen Sinn geben. Als Beispiel nenne ich hier die neue Herausforderung des Umgangs mit Daten: Das Plündern personenbezogener Daten, sowohl zu Kontroll- als auch Bereicherungszwecken, dürfen wir nicht akzeptieren. Europa ist weder ein Business-Modell im amerikanischen Sinn noch eine autoritäre Gesellschaft im chinesischen Stil.

Der Brand von Notre-Dame am 15. April hat uns daran erinnert, dass Europa mehr ist als Verträge und Institutionen, so wichtig sie sein mögen. Entscheidend ist der Geist. Und die Kunst spielt in den Emotionen eine größere Rolle, als wir oft denken. Wichtig ist die Geschichte, sie ist vom Christentum und der Aufklärung geprägt. An jenem Abend des Brandes in Paris erhielt ich ein knappes Dutzend Botschaften aus aller Welt, vor allem aber aus Europa, von europäischen Freunden, die sich persönlich betroffen fühlten.

Da musste ich an eine Rede von Paul-Henri Spaak am 18. September 1954 vor dem Europarat in Straßburg denken. Sie fiel mir ein wegen der Bezugnahme auf die Kathedralen. Ich werde einen Auszug daraus vorlesen. Sein Text ist großartig, um über Krieg und Frieden nachzudenken.

„(...) Wenn Sie genug haben von Ihren Erinnerungen an die vielen Schlachten, fordere ich Sie auf, (...) endlich einzusehen, dass es in Europa noch etwas anderes gibt als auf leichenüber-säten Feldern ausgebreitete Fahnen, dass es Kathedralen gibt, die sich demselben Himmel entgegenrecken und denselben Gott anrufen. Es gibt Völker, die arbeiten und leiden, die dieselben Interessen haben und leidenschaftlich nach Frieden und verdientem Wohlstand streben. Es gibt Descartes und Goethe, Kant und Pasteur, es gibt Beethoven (...).
Merken Sie nicht, dass wir Menschen desselben Kulturkreises sind, dass wir unabhängig von unseren persönlichen und philosophischen Anschauungen derselben christlichen Zivilisation angehören, und wenn wir dereinst alle tot sind und sich niemand mehr an uns erinnert, wird man doch wissen, dass wir im Schulterschluss zusammengestanden haben.
Heute haben Ihre legendären deutsch-französischen weltlichen Streitereien angesichts eines sehr viel größeren Konfliktes ihre Bedeutung eingebüßt, in dem, und es tut mir leid, Ihnen das sagen zu müssen, Franzosen und Deutsche auf der gleichen Seite stehen, einem Konflikt, der den Osten gegen den Westen stellt, einem Konflikt, in dem es nicht mehr darum geht, ein Territorium zu verteidigen, sondern um große Ideen, eine gemeinsame Zivilisation, gemeinsame moralische und politische Wertvorstellungen und die Achtung vor dem Menschen.“

Seine Rede war mit dem kalten Krieg verbunden. Die Botschaft der Werte und der Gemeinsamkeiten hat aber noch immer Bestand!

Heute hat mir die Hanns Martin Schleyer-Stiftung ein schönes Geschenk gemacht. Denn in persönlicher Hinsicht habe ich mich immer eins gefühlt mit den Deutschen guten Willens, auf der Seite der Demokratie und des Rechtsstaates, die ab 1949 von der Bundesrepublik so vorbildlich konsolidiert wurden. In wissenschaftlicher und akademischer Hinsicht fühle ich mich auf der Seite engagierter, gebildeter Europäer wie Clemens Fuest einer ist. Er erhält den Preis „für die Festigung und Förderung der Grundlagen eines freiheitlichen Gemeinwesens“, so die Preisformel, wir haben noch viel zu tun.

Danke, Clemens, für alles, was Sie schon geleistet haben. Wir machen weiter.

-
1. https://www.cesifo-group.de/DocDL/EconPol_Policy_Report_02_2017_German_Account_Surplus.pdf
 2. Reconciling risk sharing with market discipline :
a constructive approach to euro area reform, CEPR Policy Insight n° 91)
 3. https://ec.europa.eu/info/about-european-commission/eu-budget/how-it-works/long-term-planning/future-long-term-budget/high-level-group-own-resources_en
 4. Wirtschaftspolitischer Club Deutschland e. V, 11. September 2018
 5. Müller-Armack, von Fuest zitiert
 6. <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20642/soziale-marktwirtschaft>
 7. Econpol, 09 2018 mit Sarah Ciaglia und Friedrich Heinemann